

Inhalt der Sitzung vom 22.06.2009

TOP Ö 1 Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Frau Layer fragte nach dem aktuellen Sachstand in Bezug auf die Herabstufung der Eisenbahnstraße L 544, die zum 1. Juli 2009 erfolgen sollte.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass die Verwaltung diesbezüglich das Regierungspräsidium vor rund drei Wochen angeschrieben, aber noch keine Rückmeldung erhalten habe. Es gebe von dort die Aussage, dass die Herabstufung erst erfolgen könne, wenn die Ostumgehung abgerechnet sei. Die Abrechnung sei aber nicht möglich, weil die Flurbereinigung noch nicht abgeschlossen sei. Mit dem Landratsamt habe man die Möglichkeit erörtert, bereits jetzt eine Tempo 30-Zone einzurichten. Dies werde bei der nächsten Verkehrstagfahrt zu entscheiden sein.

Der Bürgermeister zeigte Verständnis für die Anwohner, die die Leidtragenden seien.

TOP Ö 2 Entscheidung über die Annahme von Spenden nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Gemeinde erhielt eine Spende in Höhe von 1.000,- Euro von dem Lions Clubhilfswerk Schwetzingen und eine Spende in Höhe von 164,- Euro aus einer Aktion der Plankstadter Liste am Häckselplatz, jeweils zugunsten der örtlichen Notgemeinschaft.

GRat Ehrenfried Kreis (CDU) bezeichnete die örtliche Notgemeinschaft als gute Adresse für Spenden und dankte den vorgenannten Spendern.

GRat Fredi Engelhardt (PL) sprach insbesondere den Helfern bei der Aktion der Plankstadter Liste seinen Dank aus.

GRätin Gaby Wacker (SPD) freute sich über die Spenden, die eine sinnvolle Verwendung fänden.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) schloss sich den Worten seiner Ratskollegen an. Er bat um Vorlage eines Berichts über die Verwendung der Mittel der örtlichen Notgemeinschaft zum Jahresende.

Mit einstimmigem Beschluss nahm das Gremium die Spende an.

TOP Ö 3 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen

Der Gemeindetag Baden-Württemberg empfahl auf Grun• Brombeersträucher im Eingangsbereich zum Hasenpfad d der geänderten Rechtslage auch den Gemeinden, die in der Vergangenheit in der Erschließungsbeitragssatzung den Gemeindeanteil für Anbaustraßen und Wohnwege auf 5 v. H. festgelegt hatten, den Satzungsbeschluss neu zu fassen.

Der formelle Beschluss wurde vom Ratsgremium einstimmig gefasst.

TOP Ö 4 Einrichtung eines Bürgerbüros - Auftragsvergabe Möblierung

Das Bürgerbüro soll Anfang Oktober 2009 eröffnet werden. Hierzu sind im Vorfeld diverse Maßnahmen erforderlich, um das moderne Konzept der neuen Räumlichkeiten zu realisieren. Entsprechende Mittel sind bereitgestellt. Die Vergaben für diverse kleinere bauliche Maßnahmen liegen innerhalb der Zuständigkeit des Bürgermeisters. Anders verhält es sich mit der Vergabe der für das Bürgerbüro erforderlichen Möbel. Damit eine

Umsetzung der Einrichtung des Bürgerbüros im vorgesehenen Zeitplan über Sommer möglich ist, ist die Zustimmung des Gemeinderates zur Vergabe des Auftrags für die Büromöbel erforderlich.

GRätin Jutta Schuster (CDU) hielt die Einrichtung eines Bürgerbüros für eine sinnvolle Maßnahme. In einer Ausschusssitzung sei über das Konzept mit Öffnungszeiten und Personalausstattung noch zu sprechen. Probleme habe ihre Fraktion mit der aktuellen Auftragsvergabe, da kein Vergleichsangebot vorliege. Es sei auch keine ortsansässige Firma miteinbezogen worden.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass eine ortsansässige Schreinerei die erforderliche Leistung nicht konkurrenzfähig erbringen könne und annähernd doppelt so teuer sei. Das Angebot sei sehr sorgfältig gemeinsam mit der in der Verwaltung eingesetzten Arbeitsgruppe erstellt worden und beinhalte einen deutlichen Rabatt des mittelständigen deutschen Herstellers, welcher auch für eventuelle Folgeaufträge in Anspruch genommen werden könne. Nachfragen in anderen Kommunen hätten ergeben, dass dort deutlich mehr Geld für die Möbelausstattung vergleichbarer Bürgerbüros ausgegeben wurde, weshalb die Verwaltung von einem vergleichsweise günstigen Angebot ausgehe.

GRat Gerhard Waldecker (PL) konnte der Auftragsvergabe zustimmen, wenngleich er auch das Fehlen von Vergleichsangeboten monierte. Es sei jedoch wichtiger den Zeitplan mit dem vorgesehenen Termin für die Eröffnung des Bürgerbüros einzuhalten. Die hausinterne Kommission sei intensiv in die Planungen miteinbezogen gewesen, was eine sehr funktionelle Planung garantiere. Der Verwaltung sollte das notwendige Vertrauen in eine fachgerechte und wirtschaftliche Lösung entgegengebracht werden.

GRätin Gaby Wacker (SPD) sah primär eine seriöse Auftragsvergabe als höher zu bewerten an. Man dürfe sich nicht unter Druck setzen. Ein Alternativangebot sei notwendig.

Auf ihre Frage, ob die anderen Gewerke schon vergeben seien, antwortete Bürgermeister Schmitt, dass dem nicht so sei und die Verwaltung im Übrigen jederzeit eine seriöse Arbeit leiste.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) hielt die Kritik für berechtigt. Das Budgetrecht liege beim Gemeinderat und nicht bei der Verwaltung. Vergleichsmöglichkeiten müssten gegeben sein, um eine sorgfältige Vergabe zu gewährleisten. Er bat um eine Aufstellung mit Kostenschätzung für die anderen Maßnahmen. Im Zuge der Gleichbehandlung wolle er im Bürgerbüro auch eine Anlaufstelle des Gemeinderates integriert sehen.

GRat Winfried Wolf (PL) wies darauf hin, dass in anderen Gemeinden wesentlich höhere Kosten angefallen seien. Er hielt es für eine hypothetische Annahme, dass günstigere Angebote möglich seien und sprach von „Prinzipienreiterei“.

GRat Karl Schleich (CDU) meinte, dass immer noch Zeit für ein Alternativangebot bleibe.

Bürgermeister Schmitt stellte jedoch klar, dass im Falle der Nichtvergabe des Möbelauftrages der Zeitplan für die Einrichtung des Bürgerbüros nicht gehalten werden könne und die Bürger somit länger auf mehr Kundenservice und verlängerte Öffnungszeiten warten müssten.

GRätin Gaby Wacker (SPD) erinnerte die Plankstadter Liste an ihr früheres Verhalten bei Auftragsvergaben. Es handle sich um keine „Prinzipienreiterei“.

GRat Hans-Peter Helmling (CDU) schlug vor, den Eingang zum Bürgerbüro mit Glas zu gestalten.

Der Bürgermeister sagte, dass dies bereits so geplant sei. Die Öffnungszeiten und der Personalbedarf seien verwaltungsintern noch abzustimmen.

Bei insgesamt zehn Gegenstimmen der CDU-Gemeinderäte Schuster, Wolf, Schleich und Kreis, Sessler, der SPD-Gemeinderäte Schneider, Wacker, Prof. Dr. Dr. Mende und Engelhardt und des GLP-Gemeinderates Hohl wurde die geplante Auftragserteilung für die Möblierung des Bürgerbüros mehrheitlich abgelehnt.

TOP Ö 5 Änderung der Straßenbeleuchtung im Zuge des Neubaus der B 535 - Auftragsvergabe Beleuchtungsanlage

Im Zusammenhang mit der Tunnelbaumaßnahme B 535 werden die Anbindungen verschiedener Ortsstraßen an das angrenzende Straßennetz geändert. Betroffen hiervon sind der Anschluss der Hebelstraße an die Schwetzinger Straße (L 543) und die Anbindung der Paul-Böninger-Straße/Ringstraße an das Schwetzinger Straßennetz. Ebenfalls betroffen ist die Trasse der Schwetzinger Straße zwischen Hebelstraße und Schubertstraße, deren Beleuchtung dem neuen Straßenverlauf angepasst werden muss. Nach dem im Jahre 1993 abgeschlossenen Straßenbeleuchtungsvertrag hat die Gemeinde der EnBW die Errichtung, Erweiterung und Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage im gesamten Ortsbereich übertragen.

GRat Karl Schleich (CDU) hielt den Angebotspreis der EnBW für einen stolzen Betrag. Aufgrund der vertraglichen Regelung müsse man der Auftragserteilung aber zustimmen.

GRat Gerhard Waldecker (PL) fragte nach der Möglichkeit der Nachtabstaltung der Beleuchtung. Bürgermeister Schmitt wies auf eine Mitteilung des Gemeindetags hin, der dies generell nicht empfehle sondern lediglich eine Dimmung der Beleuchtung nahelege.

GRat Dieter Schneider (SPD) wollte wissen, ob auch die neue Straße „Im Hebelgarten“ und der Fuß- und Radweg nach Schwetzingen (Brühler Weg – Borsigstraße) beleuchtet werden.

Der Bürgermeister konnte dies für die Straße „Im Hebelgarten“ bejahen. Wegen der Beleuchtung des Fuß- und Radweges habe er mit OB Dr. Pörtl gesprochen, der dies jedoch abgelehnt habe.

BAL Boxheimer wies darauf hin, dass für die Fußgänger und Radfahrer zukünftig alternativ die Nutzung des Fuß- und Radweges entlang der neuen Trasse der Schwetzinger Straße möglich sei.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) kritisierte das Monopol der EnBW (Vertragslaufzeit bis 2013) und stellte fest, dass eigentlich das Regierungspräsidium zahlungspflichtig sei.

Bürgermeister Schmitt meinte, dass er die Zuständigkeit des RP's auch angenommen habe, jedoch hätten Bund und Land hier wohl eine Planung zu Lasten Dritter, eben der Gemeinde. Er werde versuchen, das Geld vom Regierungspräsidium zu erhalten, sei jedoch nicht sehr optimistisch, dass der Gemeinde die Kosten für die neue Beleuchtung erstattet werden.

Bei einer Enthaltung von GRat Hohl (GLP) beschloss der Gemeinderat mehrheitlich, den Auftrag zur Änderung der Beleuchtungsanlage an die EnBW Regional AG zum Preis von insgesamt 40.991,82 Euro zu erteilen.

TOP Ö 6 Unterhaltungspflege in öffentlichen Grünanlagen und Außenanlagen kommunaler Einrichtungen - Auftragsvergabe

Zur Entlastung des kommunalen Gärtnertrupps, wurde die Unterhaltungspflege für folgende Bereiche ausgeschrieben:

- Verkehrsbegleitgrün im Gewerbegebiet „Nord-West“ und „Heinrich-Heine-Weg“
- Verkehrsbegleitgrün in den Straßen „Neurott“, „Im Grund“, sowie der „Golnerstraße“ und „Handschuhsheimer Straße“
- Jubiläumspark und Kinderspielplatz Vogelpark
- Verkehrsbegleitgrün im Neubaugebiet „Gässeläcker“
- Spielplatz „Gässeläcker“

Der ausgeschriebene Leistungsumfang umfasst sämtliche Pflegegänge in diesem und im kommenden Jahr.

GRat Karl Schleich (CDU) wies auf die Folgekosten hin, die durch die Schaffung von mehr Grünflächen entstünden. Er fragte nach der Zukunft des Gärtnertrupps, der nach Auffassung mancher Bürger nur zum Kehren eingesetzt werde.

Bürgermeister Schmitt erläuterte, dass die Gärtner in der Vegetationsperiode ein großes Aufgabensummen bearbeiten müssten und erinnerte daran, dass bereits im Vorjahr Auftragsvergaben geplant waren. Mit der Vergabe sei die optimale Abarbeitung der Aufgaben im Jahr gewährleistet, zumal es auch für ganze zusammenhängende Bereiche sinnvoll sei.

GRat Gerhard Waldecker (PL) hielt das bisherige Vorgehen für richtig, hatte aber noch Fragen zum vorliegenden Angebot (Wegeged, zusätzliche Arbeitsstunden, Bewässerung).

BAL Boxheimer beantwortete diese und betonte, dass allein der Preis als Kriterium heranzuziehen sei, wenn Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Anbieter im Vorfeld geprüft und gewährleistet seien. Im Gesamtpreis seien alle nachgefragten Punkte enthalten.

Der Bürgermeister ergänzte, dass mit der Bewässerung ein Plankstädter Landwirt beauftragt sei.

GRat Werner Engelhardt (SPD) verwies auf das Wahlprogramm seiner Partei, wonach eine Privatisierung von Teilen des Bauhofs abgelehnt werde. Er hielt die geplante Maßnahme als einen ersten Schritt zur Privatisierung. Wichtiger sei es, Arbeitsplätze am Ort zu schaffen.

Bürgermeister Schmitt erinnerte an den beschlossenen Haushaltsplan mit entsprechender Mittelbereitstellung für Vergaben im Grünpflegebereich. Im Übrigen sehe das Wahlprogramm der SPD auch eine sparsame Haushaltsführung und die Ablehnung von Steuer- oder Gebührenerhöhungen vor. Es stelle sich daher die Frage, wie das alles gleichzeitig gehen solle.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) sprach von einer Grundsatzentscheidung. Der Gärtnertrupp sei von 10 Personen auf nunmehr 6 Personen geschrumpft. Er votiere für die Beibehaltung und hielt eine weitere Diskussion für notwendig.

Der Bürgermeister stellte abschließend fest, dass eine Abschaffung des Gärtnertrupps nicht geplant sei, die vorhandenen Arbeiter alleine jedoch die anfallenden Arbeiten nicht bewältigen könnten.

Bei vier Gegenstimmen der SPD und einer Enthaltung von GRat Hohl (GLP) beschloss der Gemeinderat mehrheitlich, den Auftrag zur Durchführung der Unterhaltungspflege in den beschriebenen Bereichen an Firma Böttinger aus Dossenheim zum Angebotspreis in Höhe von 36.647,95 € zu erteilen.

TOP Ö 7 Ortskernsanierung „Ortsmitte II“ - Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen - Beauftragung eines Sanierungsträgers

Die Gemeinde strebt folgende städtebaulichen Erneuerungsziele an:

- Schaffung von Gemeindebedarfseinrichtungen im Ortszentrum
- Verbesserung und Stärkung der Grundversorgung
- Modernisierung öffentlicher Gebäude
- energetische und bauliche Erneuerung der kommunalen Infrastruktur
- Umgestaltung öffentlicher Flächen (z. B. verkehrsberuhigende Maßnahmen, Schaffung öffentlicher Parkflächen und öffentlicher Plätze/Grünflächen)
- Modernisierung privater Gebäude

Zur Verwirklichung dieser Ziele wurde bereits im letzten Jahr ein Antrag zur Aufnahme in das Landessanierungsprogramm gestellt. Nachdem dieser Antrag im Programmjahr 2009 nicht berücksichtigt werden konnte, ist die Gemeinde bestrebt im Herbst dieses Jahres einen erneuten Aufnahmeantrag zu stellen.

Gemeinden dürfen die Durchführung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch nur einem Unternehmen übertragen, das die Voraussetzungen für die Übernahme der Aufgaben als Sanierungsträger erfüllt.

Vor der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes sind durch einen Städteplaner die so genannten vorbereitenden Untersuchungen durchzuführen, um die Beurteilungsunterlagen über die Notwendigkeit der Sanierung, über die sozialen, strukturellen und städtebaulichen Verhältnisse und Zusammenhänge sowie über die anzustrebenden allgemeinen Ziele und die Durchführbarkeit der Sanierung im Allgemeinen zu gewinnen. Die vorbereitenden Untersuchungen sollen sich auch auf nachteiligen Auswirkungen erstrecken. Die Auftragserteilung über die notwendige stadtplanerische Begleitung soll in Absprache mit dem Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Die Gemeinde leitet die Vorbereitung der Sanierung durch den Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen ein und gibt den Beschluss ortsüblich bekannt.

GRätin Jutta Schuster (CDU) erinnerte an die erste Ortskernsanierung in den Jahren 1987 bis 2000, die einen großen Segen für die Gemeinde bedeutet habe. Es gehe darum, einen attraktiven Standort für Neubürger und eine verbesserte Wohnqualität für die Einwohner zu schaffen. Innerörtliche Veränderungen seien durch den Bau der B 535 möglich. Zu beachten sei aber, dass der Kostenanteil der Gemeinde 40 % betrage. Wichtig sei es, die Bürger am Landessanierungsprogramm teilhaben zu lassen. Deshalb sei die zeitnahe Benennung des Sanierungsausschusses erforderlich und ein möglicher Grundstückserwerb des Areals „Adler“ mit dem Gemeinderat abzustimmen.

GRat Gerhard Waldecker (PL) zeigte sich zuversichtlich, dass Plankstadt in das Landessanierungsprogramm aufgenommen wird. Um das Aussterben der Ortsmitte zu verhindern, seien strukturelle Maßnahmen notwendig.

GRätin Gaby Wacker (SPD) sah die Ortskernsanierung als ganz wichtiges Thema. Es sei unstrittig, dass die Einkaufsmöglichkeiten verbessert werden und die Verkehrsberuhigung entlang der L 543 erfolgen müsse. Auch die Modernisierung privater Gebäude soll berücksichtigt stehen. Der Gemeinderat müsse „Herr des Verfahrens“ bleiben.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) sprach von einer „Überlebensfrage“ für die Gemeinde in Bezug auf die Selbständigkeit. Es gebe noch eine Menge an Klärungsbedarf, wobei er sowohl die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Sanierungsträger als auch die Information der Bevölkerung evtl. über eine Bürgerversammlung als sehr wichtig erachte.

Gemäß § 141 Absatz 3 Baugesetzbuch wurde der Beginn der vorbereitenden Untersuchungen und damit die Vorbereitung der Sanierung „Ortsmitte II“ vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Der Bürgermeister wurde zum Abschluss eines Vertrages über die Beratung bei der Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme mit der LBBW-Immobilien-Kommunalentwicklungs GmbH ermächtigt. Die Leistungen sind unter § 3 des aufgelegten Vertragsentwurfs aufgelistet. Als Projektleiter soll Herr Paul Kessler bestimmt werden.

Über die Auftragserteilung zur stadtplanerischen Begleitung wird der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt beschließen.

TOP Ö 8 Bauantrag zur Errichtung einer Dachgaube auf dem Grundstück Flst.Nr. 3718, Am Ungersgarten 3

Bei insgesamt fünf Gegenstimmen der SPD (4) und von GRat Hohl (GLP) wurde mehrheitlich das Einvernehmen für die beantragte Maßnahme erteilt. Eine Umnutzung des Nebengebäudes zu Wohnzwecken soll durch die Erteilung entsprechender Auflagen im Genehmigungsverfahren ausgeschlossen werden

TOP Ö 9 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 18.05.2009 gefassten Beschlusses

Der Beschluss aus der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 18.05.2009 wird durch Aushang an der Bekanntmachungstafel des Rathauses bekannt gemacht:

• TOP NÖ 1 Abrechnung für den neuen Rasenplatz auf dem ehemaligen Reiterplatz

Der Gemeinderat beschloss, den am 18.09.2006 gewährten Zuschuss in einen festen Pauschalzuschuss umzuwandeln. Die Verwaltung wurde ermächtigt, den Restzuschuss an die TSG Eintracht Plankstadt 1890 e. V. ausuzahlen.

TOP Ö 10 Verschiedenes

Der Bürgermeister informierte zu folgenden Themen:

- **Radweg nach Oftersheim**

Der Rad- und Gehweganschluss im Kreuzungsbereich L 544/L600 (Oftersheimer Landstraße) wurde fertig gestellt.

- **Radweg Schwetzingen westlich der B 535**

Der Radweg entlang der B 535 auf Gemarkung Schwetzingen wurde mit einer Asphaltdecke versehen.

- **Bewilligung Konjunkturpaket II**

Mit Zuwendungsbescheid vom 20.05.2009 wurde der Gemeinde eine Infrastrukturpauschale für die energetische Sanierung der Mehrzweckhalle in Höhe von 97.879,- € aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes bewilligt. Die Ausschreibung der Maßnahme läuft derzeit.

Aus den Reihen des Gemeinderates gab es Anfragen zu folgenden Themen:

- **Gemeindeeigene Kleingärten (GRat Karl Schleich):** Hinweis auf mehrere, anscheinend nicht mehr bewirtschaftete Parzellen. Bei der Bevölkerung herrsche die Meinung vor, dass die Pachtverträge auslaufen und Bauplätze entstehen sollen.

Bürgermeister Schmitt stellte fest, dass alle Parzellen verpachtet seien. Kontrollen müssten wieder stattfinden. Eine andere Verwendung der Grundstücke sei nicht geplant.

- **Briefzustellung durch die Post (GRat Karl Schleich):** Nachfrage wegen bisheriger Zustellung durch die Amtsboten.

Der Bürgermeister erklärte, dass die Zustellung durch die Post wesentlich günstiger sei, was durch eine entsprechende verwaltungsinterne Erhebung belegt wurde. Die Amtsboten könnten dadurch für andere Tätigkeiten eingesetzt werden.

- **Demografietag (GRat Karl Schleich):** Zu kurzfristige Einladung für Veranstaltung der EnBW.

Bürgermeister Schmitt erläuterte, dass die Einladung der EnBW sehr spät bei der Gemeinde eingetroffen sei.

- **Kinderferienprogramm (GRat Gerhard Waldecker):** Aktueller Sachstand.

Herr Sauter teilte mit, dass entsprechende Informationen in Kürze im Gemeindemitteilungsblatt veröffentlicht werden. Die Programmhefte werden in beiden Schulen ausgegeben und liegen an der Information des Rathauses und in der Bücherei aus.

- **Schlechter Zustand von privaten Anwesen (GRat Gerhard Waldecker):** Hinweis auf schlecht gepflegte Häuser und Grundstücke in der Jahnstraße, Mozartstraße und im Rosental.

Der Bürgermeister antwortete, dass der Gemeindevollzugsdienst diesbezüglich bereits tätig sei.

- **Rückschnitt der Bäume entlang der Jahnstraße (GRat Gerhard Waldecker):** Hinweis auf

überhängende Zweige und Äste.

Bürgermeister Schmitt sicherte entsprechende Maßnahmen zu.

- **Sanierung gemeindeeigene Wohnhäuser Hildastr. 32-34 (GRat Gerhard Waldecker):** Demontage der Satellitenschüsseln.

Der Bürgermeister erklärte, dass die Satellitenschüsseln nicht mehr an der Hauswand, sondern nur noch am Balkon angebracht werden dürfen. Eine provisorische Aufstellung z. B. an einer Stange sei während der Umbauphase jedoch möglich.

- **Castelnau-le-Lez-Anlage (GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende):** Äste und Zweige hängen über auf Privatgrundstücke.

Entsprechender Rückschnitt wird veranlasst.

- **Ausgleichsfläche Raingewann (GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende):** Hinweis auf teilweise unzureichende Bewässerung der Bäume. Mehr Kontrollen und bessere Pflege erforderlich.

Zusage des Bürgermeisters.

- **Ferienbetreuung Kindergartenkinder (GRat Ulf-Udo Hohl):** Verweis auf Haushaltsbeschluss.

Der Bürgermeister hat eine entsprechende Zusage der Kindergärten erhalten. Interne Abstimmung soll erfolgen. Die Eltern erhalten auf Nachfrage direkt in den Kindergärten die notwendigen Informationen.

- **Rückzahlung von zuviel bezahlter Mehrwertsteuer (GRat Andreas Wolf):** Hinweis auf Bericht in der Schwetzingen Zeitung wegen Urteil des Bundesfinanzhofs. Stadtwerke Schwetzingen veranlassen Rückzahlung. Der Bürgermeister stellte hierzu fest, dass die entsprechenden Bescheide der Gemeinde bestandskräftig seien. Der Gemeindetag habe eine Rückzahlung nicht empfohlen.

- **Dritte Krippengruppe (GRätin Jutta Schuster):** Hinweis auf die April-Sitzung des Gemeinderates mit Kenntnisnahme des Betreuungskonzepts.

Der Bürgermeister gab bekannt, dass der Fragebogen fertig gestellt sei und die Bedarfsabfrage als Grundlage für konkrete Planungen erfolgen werde. Mit Dekan Gaber wurde bereits gesprochen. Als Räumlichkeit komme evtl. das ehemalige ev. Pfarrhaus in Betracht. Im zuständigen Ausschuss sei hierüber noch zu beraten.

- **Neue Homepage der Gemeinde (GRätin Jutta Schuster):** Verbesserungsvorschlag für die Rubrik „Veranstaltungen“ mit Hinweis auf der 1. Übersichtsseite auch auf den Veranstalter. Aktuelle gebe es auch zwei Homepages der Gemeinde. Bitte um Prüfung. Hinweis auf das noch fehlende, offizielle Ergebnis der Kreistagswahlen auf der Homepage bzw. im Mitteilungsblatt.

- **Halbjahresbudgetbericht des Kämmerers (GRätin Jutta Schuster):** Bitte um Vorlage im Gemeinderat. Bürgermeister Schmitt teilte mit, dass dies ohnehin geplant sei.

- **LKW-Verkehr in der Straße Im Grund (GRätin Gaby Wacker):** Verstärktes LKW-Aufkommen und überhöhte Geschwindigkeit.

Der Bürgermeister meinte, dass nach Fertigstellung der B 535 wohl nur ein Durchfahrverbot für LKW's abhelfen könne. Derzeit würde jede Maßnahme zu Schleichverkehr in anderen Straßen führen.